

## **Probleme des Managements der Gesellschaft und der Ökonomie nach der islamischen Revolution im Iran**

### **1. Vorbemerkung**

Nach dem Zweiten Weltkrieg ist – insbesondere in Europa – ein Verfall der traditionellen ethischen und moralischen Werte zu verzeichnen. Es hatte sich gezeigt, daß weder die von Max Weber geschätzte protestantische Ethik noch die katholische Morallehre einen Holocaust oder die Greuelthaten des Kriegsgeschehens verhindern können. Als neue moralische Kategorien setzten sich im Verlaufe der Nachkriegszeit zwei divergierende Weltbilder durch: der vom Stalinismus geprägte und durch die Sowjetunion dominierte sogenannte real-existierende Sozialismus sowie der amerikanische „Way of Life“ mit seiner Devise „make money“. Dieser Ost-West-Dualismus blieb nicht auf Europa oder die Industriestaaten beschränkt, sondern bestimmte die Welt. Nur waren die einzelnen Staaten unterschiedlich stark in den Ost-West-Konflikt einbezogen. Iran beispielsweise mit seiner über 2000 Kilometer langen Grenze im Norden zur Sowjetunion und die Beherrschung der Ölindustrie im Süden des Landes durch die US-amerikanische Ölmultis ist geradezu ein Paradebeispiel für die Umklammerung durch zwei von außen kommende Ideologien, die innerhalb der iranischen Bevölkerung keine wirkliche Basis besaßen.

Fast zeitgleich mit den sowohl in den westlichen als auch in den östlichen Industriestaaten entstehenden Protestbewegungen, deren Merkmale postmaterialistisch, emanzipatorisch, partizipatorisch und sozial-ethisch geprägt sind, entstand auch in Iran eine politische Protestbewegung, die sich sowohl vom westlichen Lebensstil wie vom sowjetisch geprägten Sozialismus abwandte. Dies war verbunden mit einer Rückbesinnung auf traditionelle Werte und Glaubensüberzeugungen. Da die in Iran oktroyierten – und, wie gezeigt wurde, konkurrierenden – Ideologien nicht ohne Weiteres abzuschütteln waren, erfolgte eine Radikalisierung der traditionellen Werte in einer neuen sozialen Bewegung in Form des islamischen Fundamentalismus.

Martin Riesebrodt<sup>1</sup> hat als einer der ersten Wissenschaftler religiösen Fanatismus unter dem Aspekt einer politischen Protestbewegung einer

kritischen soziologischen Betrachtung unterzogen. Im Ergebnis seiner Untersuchung kommt Riesebrodt – bezogen auf den islamischen Fundamentalismus – zu dem Ergebnis, daß dieser Fundamentalismus zum einen aufgrund dramatisch empfundener sozialer Umwälzungsprozesse entstanden ist, daß er in der Gesellschaft mehrheitsfähig ist, daß er städtisch geprägt und nicht pauschal fortschrittsfeindlich ist; außerdem vermag er „gezielte Bündnisse mit kapitalistischer Marktwirtschaft und moderner Technik einzugehen; ist nicht allein Folge der Propaganda fanatisierter Mullahs“<sup>2</sup>.

Im folgenden soll aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Irans nach 1979 das Einwirken des islamischen Fundamentalismus aufgezeigt werden. Dabei wird verdeutlicht, daß wir es in Iran nicht nur mit einem islamischen Umwälzungsprozeß zu tun haben, sondern daß bis zum Untergang der Sowjetunion stets auch der Ost-West-Konflikt in die iranische Gesellschaft hineingewirkt hat, oft sogar die Weichenstellung für eine religiöse Radikalisierung gewesen ist.

## 2. Die islamische Revolution

In einer Analyse der revolutionären Ereignisse 1978/80 habe ich versucht aufzuzeigen, daß verschiedene Kräfte von außen auf den Ablauf der Umwälzung Einfluß genommen hatten. Eine besondere Rolle spielten dabei die Tudeh-Partei<sup>3</sup> sowie andere prosowjetische iranische Splittergruppen und Organisationen<sup>4</sup>. Vor allem die Revolutionsregierung des iranischen Staatspräsidenten Bazargan<sup>5</sup>, die einen gemäßigten islamischen Kurs steuerte, wurde massiv in ihrer politischen Tätigkeit behindert. Dies konnte in erster Linie über eine wirtschaftliche Schwächung der Regierung erfolgen.

Als einer der neuralgischen Punkte in der iranischen Wirtschaft gilt die Erdölindustrie. Sowohl in der Endphase des Schahregimes als während der Amtszeit der provisorischen Revolutionsregierung Bazargans, wurden Streiks in der Erdölindustrie zur Demontage der Regierung eingesetzt.

Als das Schahregime Ende 1978/Anfang 1979 endgültig zusammengebrochen war, kehrte der damals im Pariser Exil lebende Ayatollah Khomeini im Februar 1979 nach Iran zurück. Khomeini wußte um die Bedeutung der Erdölindustrie und forderte kurz nach seiner Rückkehr die Streikenden in der iranischen Erdölindustrie zur Beendigung des Streiks auf.<sup>6</sup> Trotz der Autorität, die Khomeini damals besaß, befolgte die Mehrheit der Streikenden diesen Appell nicht, und es ist interessant, daß der Streik erst beendet

wurde, nachdem in Paris durch eine Vertretung der Tudeh-Partei eine Bekanntmachung an die dortige Presse lanciert worden war, in der sich die iranischen Erdölarbeiter bereiterklärten, dem Aufruf Khomeinis Folge zu leisten<sup>7</sup>.

Bezeichnenderweise blieb die Erdölindustrie am Persischen Golf ein Schwerpunkt der politischen Betätigung der Tudeh-Partei bzw. der von Tudeh-Funktionären dominierten Gewerkschaft der Erdölarbeiter. Darunter hatte die Regierung Bazargans zu leiden.

Bazargan selbst war nach der Rückkehr Khomeinis, durch letzteren autorisiert, mit der Bildung einer provisorischen Revolutionsregierung betraut worden. Dabei war es Bazargans Bemühen, den wirtschaftlichen Übergang von der Schahära in die nachrevolutionäre Phase so behutsam wie möglich durchzuführen. Dies galt vornehmlich für die Erdölindustrie, die nach der Revolution verstaatlicht wurde. Da zum einem im Zuge der Revolution die Entlastung des alten Managements dieser Industrie wie auch der ausländischen Experten gefordert worden war, setzte Bazargan als Generaldirektor der „Nationalen Erdölindustrie“ (NIOC) den Juristen Hassan Nazih ein, der als ausgleichende integere Persönlichkeit angesehen wurde<sup>8</sup>. Nazih, der sich bei der Umstellung der Erdölindustrie von einer Privatindustrie zu einer verstaatlichten Industrie um Ausgleich und Schadensbegrenzung bemühte, geriet sehr schnell in die öffentliche Kritik. Dabei hatte es den Anschein, daß Nazih sich den Unwillen der iranischen Geistlichkeit zuzog<sup>9</sup>, inzwischen steht jedoch fest, daß die Tudeh-Partei, insbesondere unter ihrem Vorsitzenden Kianouri die Kampagnen gegen Nazih gestartet und schließlich seinen Sturz bewirkt hat.

Die Tudeh-Partei unter ihrem Vorsitzenden Kianouri trug in der Folgezeit – auch mit Hilfe verschiedener neugegründeter Organisationen – zur Radikalisierung der islamischen Revolution bei. Gemäßigte, einen liberaleren Kurs vertretende Personen wurden als amerikanische Spione verdächtigt und kaltgestellt, wenn sie nicht sogar hingerichtet wurden. Ziel der Tudeh-Partei war es, radikale Kräfte um Khomeini die Revolution im Iran vorantreiben zu lassen und in eine prosovjetsche Richtung zu lenken, um sodann, d.h. nachdem alle liberalen Kräfte mundtot gemacht worden waren, die Zügel selbst in die Hand zu nehmen. Dies ist der Tudeh-Partei nicht gelungen, denn durch einen sowjetischen KGB-Überläufer wurden die Pläne an westliche Geheimdienste verraten und von letzterem an die Öffentlichkeit gebracht<sup>10</sup>.

Während bis heute unstrittig ist, daß die islamische Revolution von 1978 ursprünglich aus einer sozialen Bewegung der iranischen Mittelschicht (den Bazaris) hervorgegangen ist, die sich gegenüber dem vom

Ausland beherrschten Großkapital benachteiligt fühlten, ist die Entwicklung der Revolution in eine radikale Richtung von dieser Schicht nicht initiiert worden. Zwar hatten die Bazaris eindeutig die iranische Geistlichkeit präferiert und unterstützt, weil diese als integrierende Kraft die eigentliche funktionierende und charismatische Opposition gegen die Pahlawi-Dynastie gewesen ist. Die Revolution entwickelte in ihrem Verlauf dann jedoch eine eigene Dynamik, die aufgrund einer fehlenden Organisationsstruktur von den Bazaris nicht mehr beherrschbar war.

Die Radikalisierung der islamischen Protestbewegung – die ursprünglich entstanden war als Antwort auf die Verwestlichung Irans zur Schahzeit ohne Rücksichtnahme auf die wirtschaftliche Situation und Befindlichkeit der breiten Masse der Bevölkerung – war somit ein Ergebnis äußerer Einmischung.<sup>11</sup>

Des weiteren trug der Iran aufgezwungene Krieg mit Irak dazu bei, daß extremistische Tendenzen innerhalb des Landes sich verstärken konnten. Da die Weltöffentlichkeit den irakischen Angriff nicht ächrete, wurde die iranische Bevölkerung geradezu in die Arme radikaler Kräfte getrieben.

Der Fundamentalismus im Iran ist deshalb auch differenziert zu betrachten. Er trat in der Vergangenheit radikal nach außen auf, während er sich im Inneren des Landes zu einem großen Teil – insbesondere nach dem Tode Khomeinis im Jahre 1989 – moderater verhält. Bis heute sind die Machtkämpfe zwischen dem radikalen Flügel um den Geistlichen Khomeini und dem gemäßigeren Staatspräsidenten noch nicht ausgetragen. Fest steht jedoch, daß Staatspräsident Rafsanjani und die ihn umgebenden Reformkräfte ihre Politik ohne Absegnung durch islamische Traditionalisten nicht in die Tat umsetzen können. Sie müssen deshalb auf islamische Befindlichkeiten Rücksicht nehmen und dabei gleichzeitig die wirtschaftliche Modernisierung des Landes im Auge haben. Andererseits müssen sich auch die radikalen Islamisten der Marktwirtschaft und dem Technologietransfer öffnen, wenn sie verhindern wollen, daß das Niveau der iranischen Wirtschaft noch weiter als bisher sinken soll.

Anhand ausgewählter Beispiele soll deshalb aufgezeigt werden, zu welchen Modifizierungen Politiker wie Geistliche inzwischen bereit sind, um neue Weichenstellungen für eine bereits begonnene verfehlte Politik zu geben. Das Beispiel der Verstaatlichung der Erdölindustrie wird dabei bewußt ausgelassen, weil ich zum einen an anderer Stelle darauf bereits ausführlich eingegangen bin,<sup>12</sup> zum anderen weil die Verstaatlichung eine alte Forderung der nationalen Kräfte Irans um den früheren Ministerpräsidenten Mossaddegh gewesen ist.<sup>13</sup> Vielmehr soll an zwei Beispielen der Einfluß der islamischen Bewegung im Iran verdeutlicht werden, und zwar:

- am Beispiel der iranischen Bevölkerungspolitik sowie
- am Beispiel der Industriepolitik.

In beiden Bereichen gab es eine radikale Veränderung gegenüber der Schahzeit; und in beiden Bereichen wird derzeit ein eher moderater Pragmatismus betrieben.

### 3. Bevölkerungsentwicklung und ihre Auswirkungen

#### 3.1. Sozio-kultureller Hintergrund der demographischen Situation im Iran

Mit demographischen Fragen beschäftigt man sich im Iran erst seit jüngerer Zeit. Die amtliche Registrierung von Geburten und Sterbefällen wurde erst Mitte der zwanziger Jahre dieses Jahrhunderts unter Reza Schah<sup>14</sup> eingeführt. Erhebungen über die Bevölkerungsentwicklung wurden jedoch erst in den fünfziger Jahren durchgeführt, 1966 erfolgte eine offizielle Volkszählung. Zwar hätte eine vergleichende Analyse der Daten aus den fünfziger und sechziger Jahren bereits eine dynamische Bevölkerungsentwicklung angedeutet, doch seinerzeit gab es keine Veranlassung, diese Entwicklung als besorgniserregend anzusehen. Dies änderte sich erst, als die Migration der Landbevölkerung in die Städte immer stärker wurde und sich an den Stadträndern riesige Slums bildeten. Das Schahregime war aufgrund der Bevölkerungszunahme gezwungen, Nahrungsmittel zu importieren und dafür immer mehr Mittel aus den Erdölexporten zu verwenden. Als Mitte der siebziger Jahre die dynamische Bevölkerungsentwicklung als eine Problematik für die Entwicklung Irans erkannt worden war, war es für das alte System bereits schon zu spät, einschneidende Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Wie andere Südländer hat auch Iran einen sehr hohen Bevölkerungsanteil an Kindern und Jugendlichen, die zu der noch nicht produktiven Bevölkerung zählen, d.h. der Anteil der unter 16jährigen. 1986 waren 45,5 Prozent der Bevölkerung jünger als 16 Jahre. Stellt man diesem Bevölkerungsanteil den Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter gegenüber, so macht diese – bezogen auf die 20- bis 60jährigen – 41 Prozent aus. Von dieser Gruppe beträgt der männliche Anteil nur rund 21 Prozent. Diese Gruppe ist vorrangig für die Schaffung des iranischen Bruttosozialprodukts zuständig.

Der Bevölkerungsanteil der über 60jährigen ist demgegenüber sehr gering, er macht nur etwa sechs bis sieben Prozent aus.<sup>15</sup> Die Bevölkerungsgruppe zwischen 16 und 20 Jahren setzt sich zu einem großen Teil aus

Schülern, Auszubildenden und Studenten zusammen, die ebenfalls nicht im Produktionsprozeß stehen und volkswirtschaftliche Kosten verursachen, zum anderen sind es junge Menschen aus der unteren Mittel- oder der Unterschicht, die zum größten Teil arbeitslos sind.

Der wirtschaftlich aktive Teil umfaßt derzeit etwa 26 Prozent derjenigen im Erwerbstätigenalter.<sup>16</sup> Dies ist ein enormer Rückgang dieser Gruppe im Vergleich zur Schahzeit. Teilweise ist dies darauf zurückzuführen, daß nach der Revolution der Anteil erwerbstätiger Frauen drastisch zurückgegangen ist. Zum anderen sind die Gründe in dem mangelnden Arbeitsangebot zu suchen. Die Zahl der Erwerbstätigen würde sogar noch geringer ausfallen, wenn die sogenannten verdeckten Arbeitslosen in der amtlichen Statistik nicht als Erwerbstätige aufgeführt würden. Ihr Anteil wird auf ca. 33 Prozent der Erwerbstätigenquote geschätzt.

Sektorale Daten zu den Erwerbspersonen liegen nur selektiv vor. Nach Angaben der staatlichen Planungskommission waren im Erhebungszeitraum 1982 34 Prozent der Erwerbstätigen im Agrarsektor tätig, 31 Prozent im produzierenden Gewerbe und 35 Prozent im Dienstleistungssektor.<sup>17</sup> Während viele der im produzierenden Gewerbe Tätigen unterbeschäftigt sind, sind im Agrarsektor oftmals nur Saisonarbeiter tätig; und unter den Sektor Dienstleistung fallen verdeckte Arbeitslose wie Zeitungs- und Zigarettenverkäufer, Schuhputzer und ähnliches.

Nach der Volkszählung von 1986 macht die von Unterbeschäftigten bereinigte Zahl der Erwerbspersonen nach Schätzungen der iranischen Planungsbehörde ungefähr 7,5 Millionen aus. Diese 7,5 Millionen mußten 1986 50 Millionen Einwohner ernähren. Inzwischen beträgt die Zahl der iranischen Bevölkerung 60 Millionen. Die Folge ist eine Knappheit bei der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, im Gesundheitsbereich und beim Wohnungsbau.

### *3.2. Natürliche Bevölkerungsbewegung*

Obwohl nach Schätzungen infolge des irakisch-iranischen Krieges ca. eine halbe Million Kriegstote zu zählen sind, hat Iran eine steigende natürliche Wachstumsrate der Bevölkerung zu verzeichnen. Neben der Zunahme der Geburten ist der natürliche Bevölkerungszuwachs in erster Linie auf ein Sinken der Sterbeziffer zurückzuführen. Dies schlägt sich insbesondere bei der Kindersterblichkeitsrate nieder. Starben beispielsweise im Zeitraum von 1960 bis 1965 von 1.000 Lebendgeborenen noch 164 im ersten Lebensjahr, so wurde diese Zahl aufgrund der Verbesserung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung auf 115 Verstorbene im erfaßten

Zeitraum von 1980 bis 1985 gesenkt. Auch die früher im Iran sehr hohe Kindersterblichkeitsrate, bezogen auf Kinder im Alter von ein bis vier Jahren, konnte auf 17 pro 1.000 im Jahre 1985 gesenkt werden, während sie zwanzig Jahre zuvor noch 32 betrug.<sup>18</sup>

Des Weiteren hat sich die Lebenserwartung der iranischen Bevölkerung erhöht; sie liegt – im übrigen für Frauen und Männer – im Durchschnitt bei 60 Jahren. Während – wie oben ausgeführt – in den siebziger Jahren zur Schahzeit eine beginnende mitteltransformative Phase eingetreten war, aus der sich ein Trend entwickelt hatte, der sich langfristig in einem Rückgang sowohl der Geburten- als auch der Sterberate abgezeichnet hätte, ist diese Entwicklung nach der Revolution zum Stillstand gekommen. Die Folge davon ist, daß die Einwohnerzahl Irans stetig steigt und bei dem gegenwärtigen Trend bald die 100 Millionenmarke erreicht sein wird.

### *3.3. Ethische Fragen zum Bevölkerungswachstum*

Die ethisch-islamische Einstellung zur Fortpflanzung hat den erwähnten Übergang in eine mitteltransformative Phase abgestoppt. Allerdings hat der irakisch-iranische Krieg nicht – wie allgemein befürchtet worden war – zu einer Wiederbelebung der Polygamie geführt. Ein Grund mag darin liegen, daß die biologischen Strukturmerkmale Irans gekennzeichnet sind durch einen Männerüberschuß ab der Altersgruppe der 35jährigen, der auf die Multifunktion der Frauen und deren damit einhergehende höhere Sterblichkeitsrate zurückzuführen ist. Als Folge wurde und wird wegen des Frauenmangels vielfach Monogamie geübt. Das Bevölkerungswachstum beruht somit vorrangig auf der hohen Kinderzahl je Familie.

Von Khomeini und den nachrevolutionären Machthabern ist das Bevölkerungswachstum nicht als Problem erkannt worden. Khomeini selbst stellte rigide ethische Normen zu Schwangerschaft, Geburt und Familienplanung auf, die insgesamt auf eine pronatalistische Geburten- und Familienpolitik hinausliefen. In der nachwachsenden Generation, die gemäß der herrschenden Ideologie erzogen werden konnte, sah man die zukünftige Spitze des Systems. Erst gegen Ende der Khomeini-Herrschaft – Khomeini war seinerzeit bereits schwer krank – fand in der Familienpolitik ein Umdenken statt.

Als erste hatten Demographen und Familienpolitiker den Trend zur Bevölkerungsexplosion ausgemacht. Sie waren bemüht, geeignete Maßnahmen zur Verringerung der Geburtenrate einzuleiten, mußten sich dabei jedoch islamischer Geistlicher bedienen, die ein ethisches Konzept für eine tragbare Familienplanung ausarbeiten sollten. Dabei mußte es um die

Vermittlung einer sittlichen Pflicht zur verantwortlichen Geburtenregelung sowie um Fragen der Zulassung eines Schwangerschaftsabbruches und eine diesbezügliche Interpretation islamischer Vorschriften gehen. Mit ersten Publikationen zu diesen Fragen sind Geistliche bereits an die Öffentlichkeit getreten.

Ende 1988 meldeten sich führende Geistliche zu Fragen der Geburtenkontrolle und Familienplanung zu Wort. Angesichts der dramatischen Bevölkerungszunahme nahmen sie eine moderatere Haltung ein. So wurde erkannt, daß die Bevölkerungszunahme das System durchaus destabilisieren konnte. Geburtenkontrolle wurde nun als mit den islamischen Werten vereinbar interpretiert, weil – so die geistliche Erklärung – gemäß der islamischen Ethik nur soviele Kinder gezeugt werden sollten, wie die jeweilige Familie ernähren könnte.<sup>19</sup> Einer der Ayatollahs führte aus: „Geburt und Fortpflanzung sind erlaubte Prinzipien. Falls die Fortpflanzung jedoch stark zunimmt und zu einer Gefahr wird, kann sie vom islamischen Staat verhindert werden“.<sup>20</sup> Damals sprachen sich einige Geistliche bereits für nidationshemmende Maßnahmen aus.<sup>21</sup>

Eine systematische Bestandsaufnahme wurde jedoch erst nach Khomeinis Tod, d. h. mit dem Amtsantritt Haschemi Rafsanjanis als Staatspräsident vorgenommen. Vor dem Hintergrund des ideologischen Erbes Khomeinis erwies sich allerdings ein Bewußtseinswandel als schwierig. Bevölkerungspolitische Diskussionen fanden zunächst im Fernsehen, geführt von Wissenschaftlern, statt. Ein Teil der Geistlichkeit argumentierte – wie schon gezeigt – im Sinne einer antinatalistischen Bevölkerungspolitik. Zu Wort gemeldet hatte sich außerdem der iranische Minister für Gesundheit, Medizin und medizinisches Hochschulwesen Dr. Reza Malakzadeh. Er unterbreitete bereits im Juni 1991 dem iranischen Parlament ein Planungspaket, das eine umfassende Kontrolle der Bevölkerungsentwicklung beinhaltete.<sup>22</sup> Im August 1991 äußerte sich der Minister sodann positiv zur Sterilisation und zur Notwendigkeit der Propagierung empfängnisverhütender Mittel.<sup>23</sup>

Der iranische Minister für Erziehung und Ausbildung Mohammad Ali Najafi nahm ebenfalls im Sommer 1991 zur dynamischen Bevölkerungsentwicklung Stellung, und zwar im Hinblick auf die daraus resultierenden Probleme im Bildungswesen. Er forderte Maßnahmen zur Geburtenkontrolle.<sup>24</sup>

Aufgrund dieser Forderung wurden noch 1991 in der Provinz Teheran 90 Familienplanungszentren eingerichtet. Dort sollen Aufklärungskurse durchgeführt und Verhütungsmittel unentgeltlich abgegeben werden. In einer Reihe von Teheraner Krankenhäusern sollten zudem kostenlose



Sterilisationen durchgeführt werden.<sup>25</sup>

Dies alles bedeutet einen radikalen Bruch mit der bisherigen Tabuisierung der öffentlichen Diskussion über den Gebrauch von Kontrazeptiva und Kondomen. Sogar die streng fundamentalistische Geistlichkeit in der heiligen Stadt Ghom hat die Erörterung dieser Diskussion aufgegriffen.<sup>26</sup> Die Reaktionen sind ein Indiz dafür, daß der aus der Bevölkerungsexplosion resultierende Problemdruck nach politischen Antworten verlangt.

Zwar werden inzwischen – wie es auch während der Schahzeit in Iran üblich war – Erfolgsmeldungen in der Bevölkerungsentwicklung verbreitet, so zum Beispiel von der öffentlichen Vertreterin des iranischen Gesundheitsministers auf der 1994 durchgeführten Weltbevölkerungskonferenz in Kairo, Frau Dr. Batul Ahmadi. Sie führte aus, daß die Bevölkerungszunahme im Iran derzeit kein Problem darstelle.<sup>27</sup>

Richtig ist zwar, daß die Zunahme der Bevölkerung nicht ganz so dramatisch erfolgt ist, wie die ungünstigsten Prognosen befürchtet hatten, doch die Dynamisierung ist noch nicht gestoppt. Derzeit leben 60 Millionen Menschen im Iran, von denen der größte Teil unter dreißig Jahre alt ist. Ein Fünftel der 60 Millionen, d.h. 12 Millionen, sind Frauen im fertilen Alter.<sup>28</sup> Deshalb ist davon auszugehen, daß die Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten noch wachsen wird. Schahla Kazemipour von der bevölkerungswissenschaftlichen Abteilung der soziologischen Fakultät an der Teheraner Universität hat die durchschnittliche Kinderzahl je Familie mit sechs angegeben. Nach ihrer Auffassung wäre eine Reduzierung nur auf fünf Kinder pro Familie zu erzielen, weil insbesondere die vielen Analphabeten ihre Kinderzahl nicht beschränken werden, sondern als gottgewollt hinnehmen.<sup>29</sup> Frau Kazemipour vertritt die Auffassung, daß bei dieser Bevölkerungsgruppe Aufklärung oder Zwangsmaßnahmen kein positives Resultat bringen. Sie plädiert eher dafür, mit dem ökonomischen Hebel zu arbeiten und beispielsweise eine staatliche Unterstützung für Grundnahrungsmittel und Ausbildungshilfen von einer geringen Kinderzahl abhängig zu machen.<sup>30</sup>

Wie man inzwischen aus anderen Südländern mit ähnlichen Bevölkerungsentwicklungen weiß, ist erfolgreiche Familienplanung vom Bildungsstand der Frauen abhängig. Frauen ohne Bildung und zudem in ökonomischer Abhängigkeit vom Ehemann lebend reduzieren ihre Kinderzahl nicht. Deshalb werden die derzeitigen Maßnahmen, die vorrangig vom Gesundheitsministerium getragen werden, wie die Verteilung von Verhütungsmitteln, zu Recht kritisiert, weil sie das Grundübel nicht an den Wurzeln packen. Auch der inzwischen eingerichtete Bevölkerungskontrollrat, in dem sechs Ministerien und die obersten Planungsbehörden

ihren Sitz haben, führt in seinen jährlichen Tätigkeitsberichten zwar positive Erfolge seiner Kampagnen an, da die Tätigkeit jedoch nicht von Externen überprüft wird, ist die positive Bilanz eher zu bezweifeln.<sup>31</sup>

#### **4. Strukturelle Änderungen im Wirtschaftsbereich**

##### *4.1. Umverteilung der staatlichen Ausgaben*

Weiter oben wurde aufgezeigt, daß die islamische Revolution ihre Wurzeln in der Unzufriedenheit der iranischen Bazaris hatte. Im wesentlichen wurden die revolutionären Ereignisse jedoch von der breiten Masse der unter dem Schahregime Benachteiligten getragen. Diese breite Masse erhoffte sich nach der Revolution eine Verbesserung ihrer sozialen Lage. Um dies zu gewährleisten, wurden Maßnahmen sozialpolitischer Art propagiert. Eine der revolutionären Forderungen war die kostenlose Versorgung der Bevölkerung mit Energie und Wasser. Nach anfänglichen euphorischen Plänen wurde dieser Punkt jedoch wieder ad acta gelegt, weil er mit der Realität nicht in Einklang gebracht werden konnte.

Dafür entschied man sich für die Einführung eines staatlichen Subventionssystems. Subventioniert wurden zunächst Heizöl und Energie, so daß Iran innerhalb der Mittel-Ost-Region das Land mit den niedrigsten Energiekosten war. Die Folge davon war nicht eine zunehmende Prosperität, sondern ein verschwenderischer Umgang mit Energie sowie ein schwunghafter Schwarzhandel mit den Nachbarstaaten.

Ein weiteres Beispiel für eine verfehlte Subventionspolitik ist die künstliche Verbilligung von Grundnahrungsmitteln. Zum einen hat dies dazu geführt, daß sich die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte nicht mehr lohnte. Die Folge war eine Verstärkung der ohnehin schon anormen Landflucht und Zunahme der städtischen Agglomerationen. Zum anderen wurden die für andere wirtschaftliche Bereiche notwendigen Petrodollars für den Import von Nahrungsmitteln ausgegeben.<sup>32</sup>

Mehr Gerechtigkeit versprach man sich außerdem durch die Ausgabe von Lebensmittelkarten sowie Bezugsscheinen für bestimmte Konsumgüter. Jedoch auch diese Maßnahmen erwiesen sich in der Praxis als wenig effektiv. Vielmehr hat dies zu einer Horung von subventionierten Waren geführt, und inzwischen ist mit solchen Waren ein regelrechter Schwarzhandel entstanden, sehr zum Verdruß der offiziellen Händler.

Trotz der negativen Folgen wird derzeit noch immer an der staatlichen Subventionspolitik festgehalten. Zwar ist das Volumen der subventionierten Waren verringert worden, noch die Regierung versucht auf diese Weise

Versorgungsengpässe zu überwinden und Unruhe in der Bevölkerung wegen der stetig zunehmenden Inflation zu vermeiden. Als Deflationsmaßnahme hat sich das Verteilungssystem nicht bewährt, vielmehr steigt die Inflation nach wie vor.

Gravierende Fehler bei der Verteilung von Nahrungsmitteln in den einzelnen Regionen Irans sind in der Vergangenheit wie in der Gegenwart auf die fehlende Infrastruktur zurückzuführen. Die Entwicklung der Infrastruktur war im Iran in den zwanziger und dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts in Angriff genommen worden. Dabei war die strukturelle Entwicklung des Verkehrswesens nicht auf iranische Bedürfnisse zugeschnitten, sondern entsprach wirtschaftlichen Interessen des Auslands, beispielsweise den ausländischen Erdölkonzernen. Dies hat sich bis heute negativ auf die iranische Wirtschaft ausgewirkt. Auch die Verteilung der teuer importierten Lebensmittel scheiterte an eben diesem Grundübel nach der Revolution. Ein Großteil der eingeführten Waren verdarb in den Häfen und mußte schließlich vernichtet werden. Der Krieg mit Irak hat eine dringende Verbesserung der Infrastruktur in weite Ferne gerückt, so daß auch aus diesem Grund eine stetige Migration der in unzugänglichen Regionen lebenden und unzureichend versorgten Landbevölkerung in die überfüllten Städte anhält.

Insgesamt hat die Subventionspolitik zu einer Verringerung der Inlandsproduktion sowohl im landwirtschaftlichen als auch teilweise im industriellen Bereich geführt.<sup>33</sup>

### *4.2. Umstrukturierung des Industriesektors*

Im Zusammenhang mit der Machtergreifung Khomeinis wurde weiter oben auf die veränderte Wirtschaftspolitik, bezogen auf die Erdölpolitik, eingegangen, und es wurde auf Umstrukturierungen im Management hingewiesen. Solche Veränderungen vollzogen sich nicht nur auf dem Erdölsektor, sondern auch im industriellen Bereich. Iran, ein ehemaliger reiner Agrarstaat mit einer entwickelten Teppichmanufaktur, hatte während der Schahzeit erste kleine Schritte in Richtung einer Industrialisierung unternommen. Dabei handelte es sich vorrangig um eine Montageindustrie bzw. Lizenzproduktion. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang die Autoherstellung der Marke „Paykan“ in französischer Lizenz. Sowohl die Montageindustrie als auch die Lizenzproduktion waren unter Mitwirkung ausländischer Fachkräfte aufgebaut worden.

Im Zuge der Revolution wurden diese Fachkräfte aus dem Iran ausgewiesen, und das iranische Management wurde der Kollaboration mit dem

Ausland bezichtigt und ebenfalls entlassen bzw. kaltgestellt. Gerade im Verlaufe der revolutionären Wirren wurden viele Entlassungen aufgrund persönlicher Rivalitäten, von Neid und Mißgunst selbsternannter Revolutionäre vorgenommen. Fachkräfte und Management wurde allerdings nicht durch fähige einheimische Kräfte ersetzt, sondern lukrative Posten wurden unter den sogenannten Revolutionskadern verteilt. Später wurde bei der Besetzung von Führungsfunktionen nicht so sehr Wert gelegt auf Fachkenntnisse, sondern auf das ideologische Bekenntnis. Ähnliches gilt für die Enteignung vieler – zumeist mittelständischer – Firmen.

Alle seitens des Schahiregimes eingeführten Maßnahmen in Richtung einer Industrialisierung galten nach der Revolution als verpönt und wurden politisch bekämpft. So wurde die Montageindustrie nahezu völlig vernachlässigt. Während beispielsweise Staaten wie Südkorea und Taiwan ihre prosperierende Industrie aus eben einer solchen Montageindustrie entwickelt haben, wurde Iran durch den abrupten Abbruch dieser Entwicklung nach der Revolution um Jahrzehnte zurückgeworfen, so daß im industriellen Bereich nicht einmal der Standard der siebziger Jahre beibehalten werden konnte. Gerade was die Situation der Lizenzproduktion angeht, zeigt sich am Beispiel der Autoherstellung, daß das islamische System inzwischen von der Substanz lebt.

Heute, d.h. 17 Jahre nach der Revolution, melden sich inzwischen Experten zu Wort, die das Mißmanagement kritisieren. Sie fühlen sich ermuntert durch kritische Reden des iranischen Staatspräsidenten Rafsanjani. Zu den warnenden Stimmen gehört u.a. der Leiter des parlamentarischen Ausschusses für Industrie und Bergbau Hossein Haschemi. Er verwies im Dezember 1994 auf die Erfolge der prosperierenden Staaten im ostasiatischen Raum und warf der Regierung Untätigkeit vor. Wörtlich sagte er: „Im zweiten Wirtschaftsplan hat die Regierung sich verpflichtet, bei Vertragsabschlüssen mit ausländischen Firmen auch einen Technologietransfer mit zu berücksichtigen... Bei diesen Überlegungen müssen wir uns die Erfolge solcher Länder zu eigen machen, die über dieselben Voraussetzungen [wie Iran – A. M.] verfügen, wie z. B. Indonesien, das ebenso wie wir früher nur vom Erdöl und Erdgas abhängig gewesen ist... Nachdem Indonesien sich aus einer solchen Abhängigkeit befreit hat, ist es dem Staat 1987 gelungen, 70 Prozent seiner defizitären Ausgaben, die durch eine Senkung des Erdölpreises verursacht worden sind, durch eine Exportindustrie auszugleichen.“<sup>34</sup>

Hossein Haschemi sprach hier einen neuralgischen Punkt der iranischen Wirtschaft an, die zunehmende Auslandsverschuldung Irans.

4.3. Probleme in der Handelsbilanz und mit der Auslandsverschuldung

Iran, der lange Jahre aufgrund seiner Erdölexporte eine positive Handelsbilanz aufwies und darüber kaum Schulden im Ausland zu verzeichnen hatte, hat auch auf diesem Gebiet eine einschneidende Veränderung erfahren. Ein Teil der Gründe, die zu dieser Entwicklung führten, sind bereits erläutert worden, und zwar sind dies:

- die dynamische Bevölkerungsentwicklung, die zu immer größeren Exporten führte;
- der Verfall des Erdölpreises auf dem Weltmarkt, der zu einer Verringerung der Petrodollareinnahmen führte;
- die Vernachlässigung der iranischen Inlandsproduktion bzw. deren Verringerung aufgrund einer unterbrochenen Montageindustrie, eines Mißmanagements und einer damit einhergehenden nicht mehr geleisteten Konkurrenzfähigkeit mit dem Ausland;
- die Ausgaben für die Aufrüstung des Landes. Letzteres ist kein hausgemachtes Problem, sondern hat seine Ursachen im irakisch-iranischen Krieg. Auch nach Beendigung des Krieges blieb die Gefahr einer kriegerischen Auseinandersetzung mit dem unberechenbaren Regime Sadam Husseins bestehen.

Staatspräsident Rafsanjani nahm erst im Dezember 1994 zur Auslandsverschuldung Irans Stellung und erläuterte die iranische Vorgehensweise zum Schuldenabbau anhand einiger Beispiele.<sup>35</sup>

Iran ist derzeit mit einer Milliarde DM bei 900 deutschen Firmen verschuldet; ein Großteil dieser Firmen, nämlich 750, waren nicht über die Hermesbürgschaft abgesichert. Um die Forderungen an die iranische Seite geordnet abzuwickeln, wurde seitens deutscher Industrievertreter und amtlicher iranischer Stellen in Köln eine Vereinbarung getroffen, die die stufenweise Rückzahlung der Schulden beinhaltet und die dafür notwendigen Modalitäten festlegte.<sup>36</sup> Der Schuldenberg gegenüber der deutschen Seite hatte sich insbesondere deswegen angehäuft, weil Deutschland seinen Warenimport aus Iran drastisch gesenkt hatte.<sup>37</sup>

Ähnliche Probleme, wenn auch nicht in derselben Höhe, hatte Iran im Außenhandel mit Österreich und Italien zu verzeichnen. Auch diese Staaten trafen nach dem Vorbild des deutschen Modells gestaffelte Rückzahlungsvereinbarungen.<sup>38</sup>

Ursache für dieses Desaster ist der derzeit zu beobachtende starke Rückfall Irans bei Produktqualität und Technologietransfer mit der Folge des Verlustes der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.<sup>39</sup>

#### 4.4. Mißmanagement wegen fehlender Fachkräfte

Es wurde bereits dargelegt, daß im Zuge der revolutionären Ereignisse das alte Management in Firmen wie in öffentlichen Instituten abgesetzt worden und zum Teil mit solchen Personen besetzt worden ist, die sich als streng gläubige Moslems ausgaben, unabhängig von ihren Fähigkeiten und Kenntnissen. Dies hat sich bis heute nicht wesentlich verändert. Vielmehr kam zu dem Mißmanagement noch ein ständiger Wechsel in der iranischen Organisationsstruktur hinzu.<sup>40</sup>

Zwar sind nach der Revolution neue universitäre Einrichtungen entstanden, die dem Mangel an Fachkräften begegnen sollten, doch diese haben sich zu Machtzentren des Regimes entwickelt, anstatt moderne Manager auszubilden. Noch immer ist es im Iran durchaus nicht unüblich, daß Universitätsabschlüsse oder Promotionen, angeblich im Ausland erworben, gefälscht sind. Wenn die Regimetreue gegeben ist, werden solche zweifelhaften Angaben nicht weiter überprüft.

Viele der früheren Fachkräfte, die ihre Ausbildung in Westeuropa oder den USA absolviert hatten, sind während und nach der Revolution politisch drangsaliert worden, so daß eine große Zahl von ihnen Iran verlassen hat. Die größte Gruppe der Auslandsmigranten lebt in der Türkei. Ein Teil der dort lebenden iranischen Flüchtlinge betrachtet die Türkei als Transit-aufenthalt für eine Weiterreise nach Westeuropa oder in die USA. Gerade junge Fachspezialisten aus dem Iran entscheiden sich für eine Auswanderung in die USA oder nach Kanada. Sie werden sich in diese multikulturellen Gesellschaften integrieren und nicht wieder nach Iran zurückkehren. Anders sieht es bei der Migrantengruppe aus, die in Westeuropa derzeit um politisches Asyl nachsucht. Das langwierige Asylverfahren und die teilweisen Diskriminierungen durch die Einheimischen führen dazu, daß diese Gruppe eine spätere Rückkehr nach Iran anvisiert. Bisher hat die iranische Regierung jedoch kein Programm erstellt, das ein Anreiz für eine solche Rückkehr sein könnte.

### 5. Wege aus der Krise

Will Iran trotz seiner Reichtümer, insbesondere an Erdölquellen, nicht zu einem Armutsstand herabsinken, so muß sich die Politik, allem voran die Wirtschaftspolitik ändern. Eine Reihe von Politikern wie von Technokraten in den verschiedensten Institutionen hat dies erkannt und tritt mit ihrer Kritik an die Öffentlichkeit. Sie finden Rückhalt bei dem iranischen

Staatspräsidenten Haschemi Rafsanjani, der sich selbst um eine liberalere Wirtschaftspolitik bemüht. Rafsanjani versucht dabei, die iranische Öffentlichkeit für seine Einstellung zu gewinnen. Gerade in der letzten Zeit hat er sich den Fragen von Journalisten in der Presse und bei Fernsehauftritten gestellt. Rafsanjani hat dabei mit zwei Schwierigkeiten zu kämpfen. Zum einen muß er die radikalen Fundamentalisten im Auge behalten, die schnell eine Kampagne gegen den Staatspräsidenten anzetteln können; zum anderen muß er die kritischen Stimmen gegen das iranische Regime im Ausland besänftigen. Rafsanjani weiß, daß ein wirtschaftlicher Aufschwung im Iran nur ermöglicht wird, wenn ausländische Investoren gewonnen werden können und so technologisches Know-how ins Land kommt. Dieses Lavieren zwischen Besänftigung der Fundamentalisten und Werben um ausländisches Kapital kommt sehr gut in einem im Dezember 1994 im iranischen Fernsehen ausgestrahlten Interview zum Ausdruck. Rafsanjani führte darin aus: „Gut, sie [d. h. die ausländischen Staaten – A. M.] stehen uns feindlich gegenüber, weil ihnen unsere revolutionären Ideale nicht gefallen. Sie ignorieren viele Tatsachen, die wir bezeugen können, weil sie diese nicht akzeptieren wollen. Allerdings könnte m.E. vieles neutralisiert werden, wenn wir keine Anlässe und Ursachen zum Mißtrauen geben. Wir müssen überzeugende Argumente vorbringen... Die islamischen Ideale sind für uns originär, jedoch die Art und Weise, wie für diese Gedanken geworben wird, kann zu einer Konfrontation führen. Allerdings gelten für uns Grundsätze, die manche Großmächte als Bedrohung empfinden. Auf solche Auseinandersetzungen müssen wir gefaßt sein. ... Wir äußern unsere Argumente in Freitagsgebeten, in Zeitungen, im Radio oder in Vorträgen. Dabei müssen wir uns einer zeitgemäßen Sprache bedienen, wir müssen moderne Mittel anwenden und die spezielle Kultur [der ausländischen Staaten – A. M.] berücksichtigen. – Wenn wir eine positive Entwicklung unseres Landes fördern wollen, müssen wir in gewissem Maße ausländisches Kapital nutzen. Dazu müssen wir uns der Technologie und des Managements anderer bedienen. Beides wird in der Welt tagtäglich weiterentwickelt und verkompliziert sich zunehmend. Das Fundament unserer Politik muß die Sicherheit für das Kapital sein. Die Kapitaleigner setzen ihr Kapital nicht in einer unsicheren Atmosphäre ein. ... Wir müssen Voraussetzungen dafür schaffen, daß Investitionen attraktiv werden...“<sup>41</sup>

Im weiteren Verlaufe des Interviews sowie in anderen offiziellen Stellungnahmen wirbt Rafsanjani derzeit vehement für Investitionen im Iran. Da Rafsanjani Rücksicht nehmen muß auf radikale Fundamentalisten, die bei einer Zulassung insbesondere ausländischer Investoren eine Auf-

weichung der islamischen Werte und der revolutionären Errungenschaften befürchten, appelliert Rafsanjani an diese, man müsse, um Investoren ins Land zu holen, diesen auch Gewinne zubilligen, ohne dabei Spekulationsgeschäfte zu begünstigen: „Es ist zwar richtig, daß wir keine Diener des Kapitals sind, aber wenn das Kapital hierher kommt und Arbeitsplätze schafft und Brot für diejenigen bringt, die kein Kapital besitzen, wenn dadurch das Land entwickelt wird, kann der Kapitalinvestor Gewinne machen“, so beschwor Rafsanjani geradezu die Gegner von Auslandsinvestitionen im Iran.<sup>42</sup> Iran benötigt Investoren insbesondere für Großprojekte der Petrochemie, in der Stahlindustrie, zum Bau von Staudämmen sowie in der Entwicklung der Infrastruktur wie dem Kommunikations- und Transportsektor und dem Hafenaufbau.<sup>43</sup>

Grundsätzlich geht es dem iranischen Staatspräsidenten darum, den radikalen Fundamentalisten vor Augen zu führen, daß unsensible Äußerungen ausländische wie inländische Investoren abschrecken. Seine Forderungen gehen deshalb dahin, Sicherheiten im Land zu schaffen, die das Klima für eine Investitionsbereitschaft verbessern. Bisher ist der Iran nicht bereit gewesen, Kredite über einen längeren Zeitraum laufen zu lassen, weil angeblich Experten davor gewarnt hatten. Außerdem ließen die gesetzlichen Bestimmungen Irans ausländische Investitionen nur bis zu einer 49prozentigen Beteiligung zu, während Investoren eine höhere Beteiligung wünschten. Vor allem gehen die Forderungen ausländischer Investoren dahin, freie Hand im Management zu erhalten.

Es dürfte jedoch nicht nur um die Investitionsbereitschaft ausländischen Kapitals gehen. Auch innerhalb Irans gibt es eine Reihe von Großkaufleuten, die über eine beachtliche Menge Kapital verfügen und als potentielle Investoren in Betracht kommen. Diese Kapitaleigentümer, die an einer erhöhten Gewinnerschöpfung interessiert sind, zögern mit ihrer Kapitalanlage, weil sie derzeit die notwendige Transparenz vermissen. Weiterhin fehlen ihnen die notwendigen Informationen über die politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung im Iran wie über den iranischen Trend im internationalen Wirtschaftsgefüge, denn mit dem Kapital ist zwar eine nationale Wertschöpfung verbunden, doch der Charakter des Kapitals ist stets auch international. Der freie Zugang zu den internationalen Märkten ist und bleibt die primäre Voraussetzung für die Akkumulation des Kapitals. In einem System, das sich mit den internationalen Finanzmärkten verfeindet hat, sind die Voraussetzungen für Investitionen nicht mehr gegeben, folglich wird nur in den kurzfristigen Handel investiert. Da für die Geschäftsleute die gesellschaftliche wie die wirtschaftliche Stabilität langfristig nicht berechenbar ist, werden nur kurzfristige und begrenzte Ge-



schäfte getätigt, oder das Kapital wandert zu den euroatlantischen Banken ab.

Rafsanjani und die ihn stützenden gemäßigten Kräfte und Technokraten haben dies erkannt. Sie plädieren für eine Abkehr von den radikalen Zielen und versuchen sich mit solchen Geistlichen zu verbünden, die die ethisch-moralischen Grundlagen dafür liefern, daß eine islamische Gesellschaft mit Technologiefortschritt und Marktwirtschaft vereinbar ist.

### 6. Resümee

Die politische Situation Irans ist derzeit durch einen Machtkampf zwischen radikalen Fundamentalisten und einem gemäßigten islamischen Flügel gekennzeichnet. In der Vergangenheit hatten die radikalen Fundamentalisten Erfolge für sich verbuchen können. Gestützt auf Khomeini, war Anfang 1988 ein sogenannter Rat von Sachverständigen gegründet worden, der sämtliche iranische Gesetzesvorlagen, parlamentarische Anträge und dergleichen auf ihre Übereinstimmung mit den islamischen Werten überprüfen sollte. Diese Entscheidung hatte zu heftigen Kontroversen im Land geführt, weil sie unter Mißachtung der bestehenden verfassungsrechtlichen Grundsätze die Befugnisse des Parlaments drastisch einschränkte. Der konstituierende Rat wurde deshalb als überflüssig angesehen; führende Oppositionspolitiker wie der Ministerpräsident der provisorischen Revolutionsregierung, Mehdi Bazargan, kritisierten in Flugblättern und offenen Briefen an Khomeini die Schaffung des Rates. Mit diesem Vehikel muß sich jedoch bis heute das iranische Parlament wie das iranische Regierungskabinett auseinandersetzen.

Staatspräsident Rafsanjani bemüht sich als Vertreter des gemäßigten Flügels derzeit um eine Reformpolitik und muß gleichzeitig den islamischen Rat im Auge behalten. Obwohl Rafsanjani immer wieder eine Änderung des Wirtschaftskurses, vor allem die Schaffung von Stabilität und Sicherheit für Investoren, ankündigt, sind bisher noch keine konkreten Taten in dieser Richtung erfolgt. Das läßt darauf schließen, daß der Machtkampf noch nicht von den Reformern gewonnen worden ist.

Ein weiterer Faktor, der zu einer Radikalisierung im Iran geführt hat und bis heute nicht beseitigt worden ist, ist der Antiamerikanismus. Dieser Antiamerikanismus ist als Antwort auf die proamerikanische Schahpolitik zu verstehen. Inwieweit jedoch die sowjetische Seite diese Tendenz verstärkt hat, wird wohl erst die zukünftige Geschichtsforschung nach Akten-einsicht aufdecken können. Auffällig ist jedoch, daß – ebenso wie die

Aktionen der Tudeh-Partei in der Erdölregion, sich der revolutionäre Antiamerikanismus gegen die demokratisch gewählte Revolutionsregierung Bazargans richtete. Während die Sowjetunion inzwischen zerfallen ist und die USA und Rußland sich inzwischen nicht mehr als antagonistische Kräfte gegenüberstehen, kämpfen die radikalen Fundamentalisten im Iran noch immer gegen einen „Satan“ USA. Für sie stehen die USA als Verkörperung des Bösen, des Teuflischen. Allerdings haben die Scheinkämpfe dieser Radikalen nicht verhindern können, daß das „teuflische Geld“, der US-Dollar, inzwischen die dominierende Währung im Lande ist. Die Masse der iranischen Bevölkerung glaubt zudem schon lange nicht mehr, daß finstere Machenschaften der CIA an den Unzulänglichkeiten im Iran schuld sind. Deshalb kann von einer breiten Zustimmung zu einer Reformpolitik innerhalb der iranischen Bevölkerung ausgegangen werden.

Ausländische Staaten, allen voran die westlichen Industriestaaten, sollten deshalb ihr Augenmerk auf die Reformer im Lande richten. Eine Hoffnung auf Ablösung des islamischen Systems ist abwegig und gefährlich, denn eine Alternative gibt es derzeit nicht. Vielmehr würde eine Ablösung der iranischen Regierung das Land in Chaos und Bürgerkriege stürzen, weil sich gegenseitig bekämpfende politische Gruppierungen an die Macht drängen würden, ohne daß eine dieser Gruppierungen dominieren könnte. Ähnlich katastrophale Zustände, wie wir sie derzeit in der GUS, in Jugoslawien und in Afghanistan beobachten, wären die Folge. Dies kann – auch mit Blick auf iranische Erdölvorkommen – nicht im Interesse der derzeitigen Großmächte liegen. Zudem besteht immer die Gefahr, daß aus den jetzt bereits bestehenden kleinen Kriegsherden ein großer Flächenbrand wird, in den schließlich auch Europa und die USA verwickelt werden können, wenn immer mehr Kriegsherde hinzukommen.

- 1 M. Riesebrodt, *Fundamentalismus als patriarchalische Protestbewegung. Amerikanische Protestanten (1910-28) und iranische Schiiten (1961-79) im Vergleich*, Tübingen 1990.
- 2 P. Lohauß, *Fundamentalismus und moderne Identität. Zu Martin Riesebrodt's Analyse des Fundamentalismus als soziale Protestbewegung*, in: PROKLA 96, *Fundamentalismus und neue Religiosität*, 1994, 3, H. 96, S. 477f.
- 3 Die iranische Tudeh-Partei war eine zur Schahzeit im Iran verbotene kommunistische Schwesterpartei der KPdSU.
- 4 Die Rolle der Tudeh-Partei habe ich in einer von der Volkswagen-Stiftung geförderten Untersuchung analysiert. Vgl. dazu auch A. Mahrad, *Das Geständnis des Chef-Ideologen der Tudeh-Partei Täbari*, in: *Iranisches Jahrbuch 1985*, H. 5; ders., *Die Unterwanderung liberaler Oppositionsgruppen durch die Tudeh-Partei*, in: *Iranisches Jahrbuch 1987*, H. 7.
- 5 Mehdi Bazargan starb am 8. Januar 1995 in Zürich an einem Herzinfarkt. Bazargan war auf dem Weg in die USA, wo er sich einer notwendigen Herzoperation unterziehen wollte.
- 6 A. Mahrad, *Iran nach dem Sturz des Schahs. Die provisorische Revolutionsregierung*

## Probleme des Managements der Gesellschaft und der Ökonomie im Iran

- Bazargans, Frankfurt a.M./New York 1983, S. 123ff.
- 7 Ebenda, S. 123.
  - 8 Hassan Nazih war Vorsitzender des iranischen Anwaltsvereins und hatte zur Schahzeit die Menschenrechtsverletzungen im Iran angeprangert.
  - 9 Über die Querelen in der iranischen Erdölpolitik und die Kampagnen gegen Nazih habe ich ausführlich berichtet in: A. Mahrad, Iran nach dem Sturz des Schahs (Anm. 6), S. 135-186.
  - 10 Daraufhin erfolgte im Iran die Verhaftung von Tudeh-Funktionären. Auch Kianouri wurde verhaftet und soll vor Gericht seine Auftragsdienste für die Sowjetunion gestanden haben. Vgl. Jomhuri Eslami Nr. 1138 vom 5.5.1983, Nr. 1146 vom 8.5.1983, Nr. 1240 vom 16.5.1983. Etelaat Nr. 17182 vom 15.12.1983 sowie Nr. 17208 vom 17.1.1984.
  - 11 Das ganze Anmaß der äußeren Einmischung ist bis heute nicht vollständig aufgedeckt. So ist bisher nicht nachzuweisen, daß die Geiselnahme US-amerikanischer Botschaftsangehöriger eventuell auch von außen gesteuert worden ist. Eine detaillierte Aufschlüsselung und Analyse sämtlicher revolutionärer Abläufe im Iran wird erst exakt möglich sein, wenn iranische wie ausländische Archive ihre Akten öffnen. Ich habe zum Beispiel beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR um Akteneinsicht gebeten. Die dortigen Recherchen gestalten sich jedoch als langwierig, weil damit zu rechnen ist, daß ein Großteil der Akten vernichtet bzw. nach Moskau überstellt worden ist.
  - 12 A. Mahrad, Iran nach dem Sturz des Schahs (Anm. 6).
  - 13 Vgl. ders., Iran nach dem Staatsstreich von 1953 gegen Ministerpräsident Mohammad Mossaddegh. Pfaffenweiler 1988 sowie ders., Die Außenpolitik Irans von 1950 bis 1954 und die Aufnahme der Beziehungen zwischen Iran und der Bundesrepublik Deutschland, Saarbrücken 1985.
  - 14 Reza Schah, der Vater des letzten Schahs, bestieg 1925 den Thron. Er führte eine Reihe von Reformen ein, zu denen auch standesamtliche Registrierungen gehörten. Vgl. A. Mahrad, Iran unter der Herrschaft Reza Schahs, Frankfurt a.M./New York 1977.
  - 15 Statistisches Jahrbuch, hrsg. v. der Organisation Planung und Haushalt, fortlaufende Nummern. Teheran (persisch). Iran im Spiegel der Statistik, hrsg. v. Ministerium für Planung und Haushalt, Teheran 1985 (persisch).
  - 16 Ebenda.
  - 17 Ebenda.
  - 18 H. Amirahmadi/F. Nikour, Bevölkerungsentwicklung und wirtschaftlicher Aufschwung im Iran (persisch), in: Etelaat siassi eghtessadi, 5. Jg., H. 40, Dezember 1990, S. 47-57.
  - 19 Vgl. Etelaat Nr. 13498 vom 19.12.1988.
  - 20 Ebenda.
  - 21 Ebenda.
  - 22 Kayhan vom 26.6.1991, S. 22.
  - 23 Iran Times, Nr. 22 vom 16.8.1991, S. 5.
  - 24 Ebenda, S. 2.
  - 25 Kayhan vom 14.8.1991, S. 4.
  - 26 Pasdarane Eslam, Nr. 116 vom August 1991, S. 32ff.
  - 27 Etelaat, Nr. 20377 vom 25.12.1994, S. 6.
  - 28 Hamshari, Nr. 367 vom 7.4.1994, S. 12 sowie Etelaat, Nr. 20384 vom 3.1.1995, S. 4.
  - 29 Hamshari, Nr. 367 vom 7.4.1994, S. 12.
  - 30 Ebenda.
  - 31 Ebenda.
  - 32 Hamshari, Nr. 584 vom 27.12.1994, S. 5.
  - 33 Ebenda.

## Ahmad Mahrad

- 34 Interview in der Zeitung Jomhuri Eslami mit dem Staatspräsidenten Rafsanjani, in: Jomhuri Eslami, Nr. 4516 vom 27.12.1994, S. 1 und 14.
- 35 H. Hascheini, Über Autarkie und die Stärkung des nationalen Willens als Vorreiter für eine technologische Entwicklung, in: Kayhan vom 24.12.1994, S. 15.
- 36 Interview Rafsanjanis im iranischen Fernsehen, Dezember 1994, abgedruckt in Kayhan vom 26.12.1994.
- 37 Imersten Halbjahr 1994 führte deshalb auch Iran – verglichen mit demselben Zeitraum im Jahr 1993 – ein Drittel weniger Waren aus Deutschland ein. (Vgl. Etelaat, Nr. 20377 vom 25.12.1994, S. 4.)
- 38 Kayhan v. 24.12.1994, S. 13.
- 39 Vgl. den Beitrag von Dr. Mehdi Bahadori-Negat, Dozent der TU Teheran, in: Kayhan vom 24.12.1994, S. 5.
- 40 Ebenda.
- 41 Es handelt sich hier um eine freie Übersetzung des Interviews mit Rafsanjani, bei der in erster Linie die Gedankengänge des Staatspräsidenten nachvollziehbar werden sollten. Rafsanjani hat sich wörtlich viel vorsichtiger mit Blick auf die radikalen Fundamentalisten ausgedrückt.
- 42 Interview Rafsanjanis im iranischen Fernsehen, Dezember 1994, abgedruckt in Kayhan v. 26.12.1994, S.1 u. 15.
- 43 Ebenda.